

Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 36/39
Telex: 08 96 846-48 ppbn d



Inhalt

Ernst Waltemathe MdB
kommentiert die Novelle
des Wohngeldgesetzes, die
zum 1. Januar in Kraft
tritt.

Seite 1/2

Adolf Müller-Ermert MdB
fordert Mitbestimmung und
Mitverantwortung der
Sportler im Hochlei-
stungs- und Berufssport.

Seite 3

Gerhard Fläming MdB for-
dert eine einheitliche
Energiepolitik für
Europa.

Seite 4/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
PresseDienst GmbH
Godesberger Allee 106-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

32. Jahrgang / 244

21. Dezember 1977

Mehr Wohngeld für zwei Millionen Haushalte

Neue Regelung ab 1. Januar - Wieder mehr Arbeitnehmer
gefördert

Von Ernst Waltemathe MdB
Stellvertretender Obmann der Arbeitsgruppe Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau der SPD-Bundestagsfraktion

Für rund zwei Millionen Haushalte der Bundesrepublik fängt
das neue Jahr zumindest in einer Hinsicht ganz gut an: 1,7
Millionen Haushalte erhalten mehr Wohngeld, etwa 300.000
kommen wieder, zum großen Teil sogar zum ersten Mal in den
Genuß dieser staatlichen Förderung. Bund und Länder wenden
dafür insgesamt 700 Millionen DM mehr auf.

Die Novellierung des Wohngeldgesetzes, eine klare Wahlaus-
sage der Sozialdemokraten, die auch von Bundeskanzler Helmut
Schmidt in die Regierungserklärung aufgenommen worden ist,
war eine der ersten Gesetzesinitiativen dieser Legislatur-
periode. Die Bundesregierung hat sie unverzüglich im Februar
dieses Jahres eingebracht, das Parlament hat sie im Juni
verabschiedet. Wohngeld ist ein Teil der sozialen Grundlage
unseres Staates, von der zwar im wesentlichen, aber nicht
ausschließlich, die Mieterhaushalte profitieren. Auch der
Erwerb von Wohnungseigentum und die Schaffung von Familien-
heimen für die nicht so Begüterten wird durch das Wohngeld
erleichtert, indem Eigentümer bei entsprechenden Einkommens-
verhältnissen Lastenzuschüsse erhalten. Absicht ist, jedem

Haushalt die wirtschaftliche Sicherung eines bestimmten Wohnungsstandards zu garantieren.

Die Rentner, die schon bisher verständlicherweise den größten Anteil der Wohngeldempfänger stellten, werden das auch weiterhin tun. Durch die Gesetzesnovelle ist jedoch dafür gesorgt worden, daß auch andere Gruppen gerechter behandelt werden. So wird sich der Anteil der erwerbstätigen Arbeitnehmer an den Wohngeldempfängern etwa verdoppeln. Kinderreiche und Schwerbehinderte erhalten besondere Vergünstigungen. Für Familien mit drei und mehr Kindern werden die Sätze überproportional angehoben. Dadurch soll auch erreicht werden, daß diese Familien in für sie angemessen große Wohnungen einziehen können.

Die Einkommensgrenzen für die Wohngeldgewährung wurden im Schnitt um 30 Prozent angehoben, was ebenfalls hauptsächlich den Arbeitnehmern zugutekommt. Mehr Gerechtigkeit wurde durch die "Entzerrung" der Freibeträge geschaffen. Während bisher einheitlich ein Freibetrag von 30 Prozent vom Familieneinkommen abgezogen wurde, gilt dieser Freibetrag ab 1. Januar nur noch für die erwerbstätigen Wohngeldempfänger. Für Nichterwerbstätige, die ja auch keine Steuern und Sozialabgaben zu zahlen haben, wurde dieser Freibetrag auf 15 Prozent gesenkt. Für Bezieher von Arbeitslosengeld beträgt er 22,5 Prozent. Gleichwohl ist sichergestellt, daß durch diese Korrektur niemandem etwas weggenommen wird.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß seit 1970 die Wohngeldleistungen des Staates um etwa 170 Prozent gestiegen sind, daß schon im vergangenen Jahr jeder 10. Mieterhaushalt und jeder 100. Eigentümerhaushalt Wohngeld erhielt, dann wird deutlich, welchen Stellenwert diese Gesetzgebung hat, die für Sozialdemokraten mittlerweile auch ein wesentlicher Bestandteil staatlicher Wohnungs- und Sozialpolitik geworden ist.

Etwas verblüffend allerdings: Je kleiner eine Stadt ist, um so niedriger ist auch der Anteil der Wohngeldempfänger. Während in Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern 9,5 Prozent der Haushalte Wohngeld beziehen, sind es in den Städten und Gemeinden unter 100.000 Einwohnern nur sechs Prozent. Das läßt sich nicht allein damit erklären, daß in Großstädten das Mietniveau meist höher liegt. Das liegt auch daran, daß in den zumeist sozialdemokratisch regierten Großstädten der Bürger seinen Anspruch an den Staat mit größerer Selbstverständlichkeit wahrnimmt.

Deshalb sollte immer wieder klar gemacht werden, daß der Bürger ein Recht darauf hat, diese Leistungen in Anspruch zu nehmen, und daß er sich deswegen nicht zu schämen braucht. Die Wohngeldfibel, aus der jeder ablesen kann, wieviel Zuschuß er ab 1. Januar mehr bekommt - teilweise macht das über 100 Prozent aus -, sollte deshalb möglichst breit gestreut werden.

(-/21.12.1977/ks/hgs)

Mitbestimmung auch im Sport

Sportler als mündige Bürger behandeln

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB

Mitglied des Sportausschusses des Deutschen Bundestages

Mitbestimmung und Mitverantwortung der Sportler - beispielsweise im Hochleistungs- oder Berufssport - sind für manche konservative Funktionäre und Club-Präsidenten immer noch Reizwörter mit revolutionärem Anstrich.

Vorgänge, wie sie in den letzten Wochen in der Fußballbundesliga deutlich geworden sind, in den Bemühungen einer "Mitbestimmungsinitiative" innerhalb des Deutschen Leichtathletikverbandes forciert im Deutschen Turnerbund spürbar oder bei dem angedrohten Boykott der Handball-Nationalspieler demonstriert wurden, lassen auf einen erheblichen Nachholbedarf in angewandter Mitbestimmung und Mitverantwortung der Sportler schließen.

Autoritäres Gehabe und intolerante Geisteshaltung dürfen nach sozialdemokratischer Auffassung im Sport einer demokratischen Gesellschaftsordnung keinen Raum haben. Die SPD hat deshalb in den Sportpolitischen Leitsätzen betont: "Alle Bemühungen zur weiteren Demokratisierung in Vereinen und Verbänden sind nachhaltig zu unterstützen".

In den Bischofshelmer Thesen - von Sportlern und Sportjournalisten erarbeitete Aussagen und Forderungen zu Aufgaben und Zielen der Sportpolitik in der Bundesrepublik Deutschland - werden im Interesse eines "gerechten, sozialen, demokratischen und pluralen Sportsystems" klare Mitbestimmungsforderungen erhoben.

So zum Berufssport: "Zur Verwirklichung eines humanen Sports auch im Bereich des Berufssports ist es erforderlich, die Verträge der Berufssportler zeitgemäß zu gestalten. Dies bedeutet für Berufssportler solide organisatorische, wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen sowie die Ausschöpfung der vertretungsrechtlichen und gewerkschaftlichen Unterstützung".

Angesichts der im internationalen Vergleich außergewöhnlich guten finanziellen Ausstattung der deutschen Sportorganisationen ist es für die sportinteressierten Bürger ziemlich verwunderlich, wenn die deutschen Handball-Auswahlspieler beklagen, daß sie bei Länderspielen und Lehrgängen lediglich eine Unkostenpauschale von täglich 10 DM erhalten.

In diesem Zusammenhang drängt sich auch die Frage auf, wie die ständig - und in ihrer Zweckbestimmung weitgefaßten - Erlöse aus dem Lotteriewesen von den Landessportorganisationen verwendet werden.

Diesem Bereich werden sich die sozialdemokratischen Sport- und Finanzpolitiker mit besonderem Nachdruck zu widmen haben. Eine Finanzanalyse der deutschen Sportorganisationen, wie sie von der SPD im Sportausschuß des Deutschen Bundestages vom Deutschen Sportbund bereits vor zwei Jahren erbeten wurde, dürfte gerade für die Aktiven von besonderem Interesse sein.

Insofern erhält die Aussage von Bundeskanzler Helmut Schmidt anlässlich des Treffens mit der SPD-Sportwählerinitiative besondere Aktualität: "Der Sport gibt sich ja gerne betont unpolitisch, was er in Wirklichkeit gar nicht ist. Diese Auffassung, die der Bedeutung des Sports für die Gesellschaft nicht entspricht, ist noch bei vielen Repräsentanten des Sports vorzufinden. Ich würde mir eine ganze Menge junger Sportler als Übungsleiter für ältere Funktionäre wünschen, ohne daß ich deshalb zu einer Studentenrevolte im Sport aufgerufen haben will".

Leider haben Tagesordnungspunkte wie "Mitbestimmung und Mitverantwortung der Sportler" bei Tagungen der Sportorganisationen nur noch Seltenheitscharakter. (-/21.12.1977/hi/hgs)

Europa braucht einheitliche Energiepolitik

Erster Grundsatz heißt Einsparung - Vermehrte Nutzung der Kohle

Von Gerhard Flämig MdB

Energiepolitischer Sprecher der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Es sind jetzt fast auf den Tag genau vier Jahre vergangen, seit ein Energieschock durch die Welt ging und wir müssen sagen, daß die Länder der Europäischen Gemeinschaft offensichtlich nicht die richtigen Schlußfolgerungen aus diesem Schock von 1973 gezogen haben. Immerhin hält es jetzt die Kommission der EG für notwendig, die energiepolitischen Ziele an die Entwicklung anzupassen. Das begrüßen wir, wenngleich wir kritisieren, daß der ursprüngliche Plan, die Abhängigkeit von Energieimporten bis 1985 auf 40 Prozent herunterzuschrauben, nun fallengelassen wurde und man sich heute mit 50 Prozent zufrieden gibt. Das Entscheidende ist, daß die Abhängigkeit der Europäischen Gemeinschaft von Öl-Importen verringert werden muß. Es genügt nicht, immer wieder zu versprechen: Wir wollen den Anteil des importierten Öls am Verbrauch der Gemeinschaft senken; es ist hier ein Limit gesetzt: 500 Millionen Tonnen Öleinfuhren im Jahre 1985 und nicht mehr. Das ist eine Zahl, die die OECD vorgegeben hat; wollen wir hoffen, daß diesem Versprechen nun endlich die Tat folgt.

Wir Sozialdemokraten haben immer darauf hingewiesen, daß der erste Grundsatz einer modernen Energiepolitik die Energieeinsparung sein muß. Das ist ein permanenter Appell nicht nur an die Kraftwerke, nicht nur an die Haushalte, nicht nur an die Kraftfahrer, das geht sogar bis hin zu den Architekten. Selbst die Architekten unserer Regierungsbauten geben nicht immer ein gutes Beispiel für Einsparung von Energie und sie sollten sich das wirklich zu Herzen nehmen.

Nun zu den alternativen Energiequellen. Wir können feststellen, daß es hier vernünftige Vorschläge gibt, aber auch Vorschläge, die am Rande der Vernunft liegen. Wir können uns zum Beispiel denken, daß es gelingen wird, Öl und Benzin mit der Zeit durch vermehrte Verwendung von Methanol oder durch die Wasserstofftechnologie zu ersetzen; daß das keine Phantasie mehr ist, hat sich in den letzten Monaten gezeigt. Es fahren bereits in der Gemeinschaft Probefahrzeuge mit Wasserstoff. Wir sind auch der festen

Überzeugung, daß die Sonnenenergie selbst in unseren Breiten bei der Heizung von Häusern oder auch von Schwimmbädern eine gewisse Energieeinsparung bringen kann.

Allerdings glauben wir nicht, daß man allzuviel Gehirnschmalz auf die Frage verschwenden sollte, ob nun mit Biomasse und Pflanzenzüchtung Öl zu ersetzen ist, von der Erdwärme ganz zu schweigen. Selbst die Windenergie hat ihre Tücken. Der Wind weht eben leider nicht immer dann, wenn der Strom gebraucht wird und Strom in größerem Maß ist leider nicht zu speichern. Auch die Gezeitenkräfte sind längst durchgerechnet von den Fachleuten der staatlichen und privaten Energieversorgungsunternehmen. Sie haben festgestellt, daß uns leider an der europäischen Küste entsprechende Tidenhube fehlen, um diese Sache rentabel zu machen. Trotzdem müssen alternative Energiequellen mit Sorgfalt weiter entwickelt werden.

Nun zur Kernenergie. Bei diesem Thema haben es Sozialdemokraten nicht ganz leicht. In unseren Reihen gibt es eine ganze Menge recht ernstzunehmender Leute, die sich Sorgen machen und die die Frage aufwerfen, ob man denn überhaupt die Kernenergie benötigt, nachdem für 400 bis 500 Jahre Kohle vorhanden ist. Dieser Einwand ist nicht einfach vom Tisch zu wischen.

Auf der anderen Seite gibt es aber in unseren Reihen viele ebenfalls ernstzunehmende Leute, die nachgerechnet haben und - das haben Parteitage in vielen Ländern bewiesen - heute doch auf dem Standpunkt stehen, daß es ohne Kernenergie nicht geht. Nun wird gefordert, daß die Gemeinschaft eine angemessene Entwicklung der Kernenergie vorantreiben soll. Das ist richtig. Aber man muß diese Dinge mit Vorsicht angehen. Wir haben als Sozialdemokraten bewußt hinzugefügt, daß man der Notwendigkeit der Sicherheit mehr Vorrang geben muß.

Nun wird auf die Schwierigkeit hingewiesen, derer sich die Kernenergie der Gemeinschaft in den 80er Jahren gegenübersehen könnte, wenn keine sichere Versorgung mit Kernbrennstoffen gewährleistet werden kann. Für den oberflächlichen Leser wird hier gar nicht so recht sichtbar, was damit wohl gemeint ist; da muß man schon einmal etwas genauer in die Entwicklung der letzten Monate hineinleuchten, um zu sehen, daß zwei wichtige Lieferanten für Natururan und mindestens ein wichtiger Lieferant für angereichertes Uran in den letzten Monaten mit dem Gedanken spielten, bestehende Verträge nicht einzuhalten, also der Gemeinschaft nicht die Sicherheit des Nachschubs von Kernbrennstoffen zu geben, deren sie bedarf. Wir möchten hier warnen; hier wurde ein Knäppel gezeigt und darüber sind wir gar nicht erfreut. Wenn in den letzten Tagen die Nachricht durch die Welt geht, daß über dem Ozean die Bereitschaft gezeigt wird, die Lieferungen wieder aufzunehmen bzw. die Verträge zu erfüllen, so freuen wir uns darüber, aber gleichzeitig sind wir natürlich der Auffassung, daß diese Versorgungssicherheit eine unabdingbare Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Kernenergie ist.

Ein ganz wichtiger Punkt ist die Verwendung des Erdgases. Die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament hat Wert darauf gelegt, daß Erdgas nicht oder möglichst nicht für die Elektrizitätserzeugung als Ersatz für Öl dienen soll. Daß wir hier

nicht ins Blaue hineinreden, sieht man daran, daß der Gasverbrauch in Kraftwerken von 1973 bis 1977 in mehreren Ländern der Gemeinschaft ganz erheblich zugenommen, sich zum Teil verdoppelt hat. Das geht so nicht weiter.

Nun etwas zur Bedeutung der Kohle: Wir sind für die vermehrte Nutzung der Kohle; wir haben das in den letzten Monaten deutlich zum Ausdruck gebracht. Trotzdem wollen wir nicht verschweigen, daß natürlich auch die Kohle ihre Umweltprobleme mit sich bringt; die Verschmutzung durch Abgase, durch Staub oder auch Todesfälle bei der Förderung von Kohle, die leider immer wieder vorkommen und bei dieser Technik eben unvermeidlich sind. Das muß man alles sehen. Daher sagen wir auch: Die Annahme ist nicht richtig, daß man alles einfach durch Kohle ersetzen kann. Die Kohle hat eine wichtige und in Zukunft sogar noch wichtigere Rolle zu spielen, aber neben der Kohle müssen die anderen Energiequellen weiterhin genutzt und entwickelt werden.

Wenn nun die Kommission und der Rat der Europäischen Gemeinschaft aufgefordert werden, die Produktion und den Verbrauch von Gemeinschaftskohle wirksam zu unterstützen, ohne jedoch die Einfuhr von Kohle aus Drittländern auszuschließen, oder wenn die Kommission aufgefordert wird, eine Kohleeinfuhrpolitik zu entwickeln, die gleichermaßen in Einklang mit dem Bedarf der Kohleverbraucher und den Interessen der Kohleproduzenten liegt, so müssen wir gestehen, daß das natürlich eine Gratwanderung ist, denn hier handelt es sich um sehr konträre Interessen. In den Erzeugerländern von Kohle will man für Absatz sorgen und hätte am liebsten auch eine ähnliche Abschottung wie auf dem Agrarmarkt, während bei den reinen Verbraucherländern selbstverständlich das Bemühen vorherrscht, Kohle so billig wie möglich zu bekommen. Es ist kein Geheimnis, daß heute Importkohle, selbst wenn sie über den Atlantik herangeschifft wird, freier Hafen zum Teil ganz erheblich billiger ist als die Kohle, die in der Europäischen Gemeinschaft erzeugt wird. Trotzdem können wir nicht einfach sagen: Dann machen wir eben unsere Bergwerke zu. Das geht nicht. Die Sicherheit der Versorgung muß auch hier gewährleistet sein, und wir Sozialdemokraten sprechen uns bewußt dafür aus, den heimischen Bergbau in der Gemeinschaft zu fördern und zu stützen. Es wird Aufgabe der Kommission sein, hier zwischen Szylla und Charybdis hindurchzusegeln und beiden Interessen gerecht zu werden.

Zum Schluß möchte ich die alte Gebetsmühle wieder drehen. Im Europäischen Parlament ist keine Energiedebatte vorbeigegangen, ohne daß darauf hingewiesen wurde, wie wichtig es ist, einen gemeinsamen Energiemarkt zu schaffen und den uneingeschränkten innergemeinschaftlichen Handel mit Energieträgern sowie den Abbau technischer Handelshemmnisse zu bewerkstelligen. Das Parlament hat gemahnt vor 1973, als man es uns nicht geglaubt hat, daß wir Europäer durch eine falsche Energiepolitik in eine gefährliche Abhängigkeit vom Erdöl geraten. Wir Sozialdemokraten warnen und mahnen auch jetzt wieder und sagen: Europa, die Gemeinschaft, muß zu einer einheitlichen Energiepolitik kommen!

(-/21.12.1977/ks/ja)

+ + +